

## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Modernisierungspartnerschaft mit Russland – Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ausbau der Partnerschaft zu Russland ist für den Deutschen Bundestag von besonderer Bedeutung. Unsere beiden Länder verbinden zahlreiche gemeinsame Erfahrungen und Traditionen. Die schrecklichen Ereignisse der Kriege, aber auch die wichtigen gemeinsamen Schritte hin zu einem geeinten und friedlichen Europa sind die Wegmarken vorherrschender Erinnerungen. Gleichzeitig wächst die Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen Verflechtungen und die vorherrschenden Konflikte in unseren Nachbarregionen nur gemeinsam bearbeitet werden können. Die daraus abgeleiteten Ziele und Erfordernisse einer engen Beziehung zu Russland gehören für den Deutschen Bundestag zu den zentralen außenpolitischen Anliegen. Eine konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland ist Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa. Zu den Zielen der von Deutschland und der EU angestrebten „strategischen Partnerschaft“ gehören die gemeinsame Lösung globaler Fragen und die Kooperation auf allen Feldern von Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ebenso wie die friedliche Bewältigung regionaler Krisen und Konflikte.

Präsident Dmitri Medwedjew ist seit knapp zwei Jahren im Amt. Von Anfang an hat er eine neue Linie verfolgt in der Innen- ebenso wie in der Außenpolitik. In seiner ersten Rede vor der Föderalversammlung zur Lage der Nation verkündete er im November 2008 ein umfassendes und ambitioniertes Programm innerer Reformen. Dabei richtete sich seine Kritik in erster Linie an die Bürokratie, die er als Hemmschuh für einen grundlegenden Wandel in Staat und Gesellschaft bezeichnete. Sie schränke die Freiheiten des Einzelnen und autonomes Handeln massiv ein und behindere so die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit Russlands. Dmitri Medwedjew kündigte daher eine Kampagne zur Korruptionsbekämpfung und gegen „Rechtsnihilismus“ an. Die Reform der russischen Justiz, der Verwaltung im Allgemeinen und die Durchsetzung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit erklärte er zu seinen politischen Hauptzielen.

Diese Agenda bietet eine gute Basis für die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland, der Europäischen Union und den USA. Die EU dringt seit langem auf einen qualitativen Ausbau der Zusammenarbeit mit Russland mit dem Ziel der Schaffung von vier gemeinsamen Räumen (Wirtschaft; äußere Sicherheit; Recht und innere Sicherheit; Forschung, Bildung, Kultur). Die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurden im Herbst 2008 wieder aufgenommen.

Der Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation muss einen Schwerpunkt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bilden. Auch die spanische EU-Ratspräsidentschaft misst dem Ausbau der Beziehungen zu Russland hohe Priorität bei und sollte darin deutsche Unterstützung erhalten. Ziel ist es, eine größtmögliche Geschlossenheit der EU in allen Politikbereichen, die das Verhältnis zu Russland betreffen, herzustellen. Die Bundesregierung ist somit aufgerufen, in der EU auf eine „Ostpolitik aus einem Guss“ zu drängen, d. h. sie soll für eine Abstimmung mit anderen Initiativen wie der „Östlichen Partnerschaft“, der Schwarzmeersynergie sowie der Ostsee- und Zentralasienstrategie eintreten.

Die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama hat angekündigt, einen konstruktiven Neuanfang in den bilateralen Beziehungen zu suchen. Dies wurde bei den beiden ersten Gipfeltreffen der zwei Präsidenten deutlich. Am 2. April 2009 wurde in London neben den gemeinsamen Bemühungen um die Bewältigung der internationalen Finanzkrise im Rahmen der G20 eine anspruchsvolle Agenda für nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle vereinbart. Am 6. Juli 2009 wurden in Moskau die Parameter eines START-Nachfolgeabkommens festgelegt und eine hochrangige Kommission für die bilaterale Zusammenarbeit unter dem Vorsitz beider Präsidenten geschaffen. Trotz intensiver Bemühungen war es nicht möglich, ein Folgeabkommen vor dem Auslaufen des Vertrages am 5. Dezember 2009 abzuschließen. Derzeit stellen Kontroversen über die Raketenabwehr sogar eine Unterzeichnung vor Beginn der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) im Mai 2010 in Frage.

Der ehemalige Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, hat bereits im Frühjahr 2008 auf die ambitionierte Rede Dmitri Medwedjews am 15. Februar 2008 in Krasnojarsk mit dem Angebot einer umfassenden „Modernisierungspartnerschaft“ reagiert. Die Stärkung des Rechtsstaates, die Verwaltungsreform, die Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung und umfassender Bildungsinitiativen bilden die Schwerpunkte seines Konzeptes. Um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, muss der russische Staat seine wirtschaftliche, soziale und politische Leistungsfähigkeit steigern. Im wirtschaftlichen Bereich steht besonders die Energieeffizienz im Fokus. Wenn wir die globalen Klimaschutzziele erreichen wollen, ist die Zusammenarbeit mit Russland unabdingbar. Die Verschwendung von Energie in Russland ist noch immer enorm. Wenn es gelingt, die Energieproduktion, den -transport und -verbrauch in Russland effizienter zu gestalten, ist dies ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit in Russland wie in ganz Europa. Dies ist ebenso im deutschen wie im europäischen Interesse.

Präsident Dmitri Medwedjew hat von Anfang an erkennen lassen, dass er zur Umsetzung tiefgreifender innerer Reformen die Kooperation Westeuropas, Kanadas und der USA sucht. Bereits am 5. Juni 2008 erklärte er in einer Rede in Berlin sein Interesse an einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation mit NATO und EU und sprach sich in diesen Zusammenhang für Gespräche über eine neue „Europäische Sicherheitsordnung“ aus. Angesichts weitverbreiteter Skepsis bei den Verbündeten kam eine substanzielle Debatte erst langsam im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Gang. Der griechische OSZE-Vorsitz wollte mit dem sogenannten Korfu-Prozess einen festen Rahmen für die Diskussion über eine Reform der OSZE schaffen. Kurz vor der abschließenden Tagung der Außenminister legte der russische Präsident am 29. November 2009 einen Textvorschlag für einen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ vor. Neben der Bekräftigung völkerrechtlicher Grundprinzipien der UN-Charta und der KSZE-Charta (KSZE: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) von Paris (21. November 1990) enthält der Vorschlag einige Ideen für Konsultationsverfahren in Krisensituationen. Daher kann und sollte er als Einladung aufgefasst werden, zielgerichtete Verhandlungen über effektivere Formen kooperativer Sicherheit in Europa zu führen.

Auch im Bereich der Energiepolitik, die in den letzten Jahren immer wieder zu Spannungen und Krisen über den Gastransit via Ukraine und Belarus geführt hatte, verhielt sich Präsident Dmitri Medwedjew konstruktiv und vorausschauend. Am 21. April 2009 präsentierte er einen Vorschlag für eine potentiell weltweit anwendbare Energiecharta. Dieser bezieht sich zum Teil auf Regelungen der von der EU und den USA favorisierten europäischen Energiecharta, die die russische Vorgängerregierung noch ablehnte. Bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen verzichtete Russland erstmalig darauf, sich klar für einen der Kandidaten auszusprechen. Nach der Wahl von Viktor Janukowitsch im Februar 2010 steht nun ein Plan zu Bildung eines trilateralen Konsortiums zur Leitung und Modernisierung des ukrainischen Gastransportwesens auf der Tagesordnung. Wenn es gelingt, dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Russland, der Ukraine und der EU in diesem zentralen Sektor zu etablieren, wäre dies ein wichtiger Pfeiler europäischer Sicherheit.

Auch in der russischen Innenpolitik ist in den letzten Jahren eine rege Debatte über nötige Reformen in Gang gekommen, die in einigen Bereichen zu ersten positiven Veränderungen geführt haben. Im Februar 2010 hat das dem Präsidenten nahestehende Institut für moderne Entwicklung (INSOR) eine Studie mit dem Titel „Russland im 21. Jahrhundert – eine Vision für die Zukunft“ veröffentlicht, die eine kontroverse innenpolitische Debatte ausgelöst hat. Darin werben die Autoren unter Leitung des Direktors Igor Jurgens für grundlegende Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, u. a. für die Zulassung echter politischer Konkurrenz, Wahlrechtsreformen, Direktwahl der Gouverneure, Entbürokratisierung der Wirtschaft und eine Umstrukturierung und Dezentralisierung der Sicherheitsorgane, einschließlich der Auflösung des Innenministeriums und des Geheimdienstes FSB in seiner heutigen Form. Außenpolitisch ziehen die Experten des Instituts gar die russische Mitgliedschaft in NATO und EU in Betracht.

Präsident Dmitri Medwedjew hat von Anfang die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit für die Modernisierung der russischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hervorgehoben. Ein besonders wichtiges positives Signal bildet die im Januar 2009 erfolgte Rücküberweisung des Gesetzentwurfs zum Landesverrat, der vom Kabinett unter dem Ministerpräsidenten Wladimir Putin erarbeitet wurde und heftige Kritik von Menschenrechtsorganisationen gegen die damit verbundene Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit ausgelöst hatte. Ebenso wichtig sind die von Dmitri Medwedjew veranlasste Überprüfung der Strafgesetze gegen Spionage sowie der Mediengesetze.

Im Dezember 2009 hat das Verfassungsgericht die Verlängerung des Moratoriums für die Todesstrafe bestätigt und vor kurzem entschieden, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) dazu führen müssen, dass die Gerichtsverfahren in Russland wieder aufgenommen werden. Die dazu nötigen Gesetzesänderungen sollen bis Mitte dieses Jahres vorgenommen werden. Die wichtigste Entwicklung bildet jedoch die Ratifikation des Zusatzprotokolls 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention durch Duma und Präsident am 15. Januar 2010. Dadurch wird der Weg für eine Reform des Gerichtshofes frei, um mit der Flut von Verfahren aus einigen Mitgliedstaaten und insbesondere aus Russland fertig zu werden. Der EGMR schließt als Berufungsinstanz damit eine Lücke beim Rechtsschutz für russische Staatsbürger. Weitere Reformen der russischen Justiz sind jedoch unabdingbar, wenn der EGMR nicht durch die Flut von Verfahren lahmgelegt werden soll.

Der ehemalige Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, hat 2008 eine trilaterale Kooperation zwischen den Planungsstäben des polnischen und des russischen Außenministeriums sowie des Auswärtigen Amtes ins Leben gerufen, die Vorschläge für gemeinsame Initiativen entwickeln soll. Als erstes Ergebnis fand im Mai 2009 in Warschau eine Historikerkonferenz zum

Zweiten Weltkrieg statt. Ministerpräsident Wladimir Putin nahm am 1. September 2009 aus Anlass des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs an den polnischen Feierlichkeiten in Danzig teil und bekannte sich dabei erstmals auch zur historischen Verantwortung für die Verbrechen unter Stalin. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk wird aus Anlass des 65. Jahrestages des Kriegsendes in diesem Jahr gemeinsam mit Ministerpräsident Wladimir Putin an der Gedenkfeier für die Opfer des Katyn-Massakers teilnehmen.

Deutschland hat ein großes Interesse am Gelingen der inneren Reformen in Russland und an einer vertrauensvollen Kooperation. Wir sind in vielen außenpolitischen Fragen sowie vor allem bei der Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Zusammenarbeit mit Russland angewiesen. Die Regulierung der internationalen Finanzmärkte, wie sie im Rahmen der G20-Verhandlungen betrieben wird, spielt dabei ebenso eine Rolle wie die innere Stabilisierung der Lage in Russland. Mit einer ambitionierten Modernisierungspartnerschaft und einem kritischen Dialog, wie zum Beispiel der 2004 begonnene EU-Menschenrechtsdialog, zwischen der Russischen Föderation und „dem Westen“ kann man dabei insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit einen wichtigen Beitrag leisten. Deutschland ist hier als europäischer Nachbar Russlands mit einer langen gemeinsamen, ebenso fruchtbaren wie schwierigen Geschichte in besonderer Weise gefordert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in der EU auf eine gemeinsame Russlandpolitik hinzuarbeiten, welche den zentralen Testfall für die Entwicklung der GASP bildet, und sich dabei mit allen EU-Partnern eng abzustimmen, insbesondere mit den mittel- und ost-europäischen Mitgliedern;
2. im Rahmen von EU, NATO und OSZE Initiativen für eine ernsthafte Debatte und eine gemeinsame Stellungnahme zum Vorschlag des russischen Präsidenten für einen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ vom November 2009 zu ergreifen;
3. eine Konzeption zu entwickeln, wie die Vorstellung der „interlocking institutions“ im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen UN, OSZE, NATO, EU und GUS zur Schaffung von gemeinsamer Sicherheit in Europa in der Praxis umgesetzt werden kann;
4. sich in der EU und der G8 für eine substanzielle Auseinandersetzung mit dem Vorschlag des russischen Präsidenten für eine weltweite Energiecharta vom April 2009 einzusetzen;
5. eine Strategie zur Reform der OSZE zu entwickeln, welche die Normen in den drei Körben zu sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und menschlichen Dimensionen sichert, und die Handlungsfähigkeit der Organisation stärkt;
6. im NATO-Russland-Rat für gemeinsame Studien zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert einzutreten;
7. im NATO-Russland-Rat die Initiative zur Wiederaufnahme und Verstärkung des Dialogs über Militärdoktrinen und Rüstungsplanungen zu ergreifen;
8. gegenüber den USA und Russland auf eine Unterzeichnung des START-Nachfolgeabkommens vor dem Beginn der Überprüfungskonferenz zum NVV im Mai 2010 zu dringen;
9. bei den USA und den Verbündeten sowie in Russland für eine kooperative und vertragsgestützte Lösung bei der Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa sowie die Begrenzung solcher Systeme auf globaler Ebene zu werben;

10. sich für eine Stärkung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa einzusetzen, eine Ratifikation des Übereinkommens zur Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (A-KSE) zu erwägen und insbesondere für den Erhalt und die Fortschreibung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) sowie für die Rückkehr Russland in dieses Vertragsregime zu werben. Russland sollte als vertrauensbildende Maßnahme weiterhin freiwillig jedes Jahr die Streitkräftezahlen an die OSZE melden, damit auch die NATO-Mitgliedstaaten vor der Ratifikation mit dieser Praxis fortfahren;
11. Russland in diesem Zusammenhang zu ermuntern, analog zum Vorgehen beim „Europäischen Sicherheitsvertrag“ einen konkreten Vorschlag zur Revision des KSE-Vertrages vorzulegen;
12. Russland zu einem konsequenten Bemühen um den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) zu drängen und solche Bemühungen im Rahmen der EU nach Kräften zu unterstützen;
13. sich mit großem Nachdruck für Fortschritte bei den PKA-Verhandlungen (PKA: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen) zwischen der EU und Russland einzusetzen;
14. den russischen Präsidenten bei seinen Bemühungen zur Modernisierung des Bildungssystems, der staatlichen Verwaltung, zur Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit und zur Schaffung einer unabhängigen Justiz und Wirtschaft im Sinne der Modernisierungspartnerschaft zu unterstützen;
15. gegenüber Russland darauf zu dringen, das 6. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Verbot der Todesstrafe zu ratifizieren;
16. endlich eine abgestimmte Position zum Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft über eine Roadmap in Richtung Visafreiheit für Russland vorzulegen.

Berlin, den 23. März 2010

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**





